

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 11

Artikel: Drogen : Majorisierung durch Medienkampagne?
Autor: Güdel, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Drogen: Majorisierung durch Medienkampagne?

Am 13. Mai fiel in der schweizerischen Drogenpolitik ein Entscheid von bedeutender Bedeutung: Der Bundesrat will — auf wackliger gesetzlicher Grundlage — in begrenztem Rahmen und zu wissenschaftlichen Zwecken diverse Drogen, unter anderem auch Heroin, frei abgeben lassen. Diesem Schritt ist eine monatelange Medienkampagne vorangegangen.

In einem ersten Beitrag analysiert der Berner Medienspezialist Willy Güdel,

den wir an dieser Stelle als neuen ständigen Mitarbeiter begrüßen dürfen, die Reaktion der Medien jenseits des «Röschtigrabens» auf diesen Bundesratsentscheid. Im zweiten Beitrag geht Gero Kalt, Chefredaktor des deutschen Fachdienstes «MedienKritik» (Hrsg. Verlag «Frankfurter Allgemeine Zeitung») auf ein Interview ein, in dem der leitende Drogenfahnder des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg die Rolle der Medien zugunsten einer Drogenliberalisierung behandelt.

Vom Röschti Graben zur Bruchstelle im Staat

In der Frage von Zulassung von Versuchen mit ärztlich kontrollierter Heroinabgabe sind krass unterschiedliche Positionen der lateinischen — vornehmlich der welschen — Schweiz und dem alemannischen Landesteil deutlich geworden. Den «Röschti Graben» gibt es als «Heroingraben». Zugleich jedoch sind bei diesem Anlass Differenzen hinsichtlich der Denkqualitäten der «politischen Klassen» und der «opinion leaders» festzustellen. Es wäre aber unangebracht, wenn die Sprachminderheiten am Beispiel des bundesrätlichen Drogenentscheids über Majorisierung klagen sollten; sie haben in der Medienpolitik — durch sträfliche Gleichgültigkeit gegenüber den Missbräuchen der Monopolmedien in der deutschen Schweiz — selber zur Vertiefung des Grabens und damit zur Entstehung einer latenten Bruchstelle beigetragen.

«Pseudowissenschaftliche Experimente»

In den Pressekommentaren zum bundesrätlichen Drogenentscheid vom 13. Mai illustriert sich ein unübersehbarer Unterschied nicht nur in der sachlichen Wertung, sondern vor allem auch in der intellektuellen, moralischen und politischen Qualität des Denkens. Wo die Deutschschweizer Presse mit wenigen Ausnahmen den reinen Pragmatismus zelebrierte, analysierten vorab die führenden welschen

Zeitungen gründlich, bevor sie ihre — dann allerdings zum Teil sehr kategorischen — Urteile formulierten. So hat der Bundesrat für die Kommentatorin des «Matin» das Land in den Rang eines in Sachen Verzweiflung spezialisierten Laboratoriums erhoben; und sie fragt sich, warum man nicht gleich auch mit der Schreckensdroge Crack experimentieren wolle, warum Alkoholiker und Kettenraucher von der Verteilung ausgeschlossen seien, ob man an die Auslastung der überschüssigen Spitalbetten gedacht habe. Für die Zukunft sieht sie voraus, dass sich Schweizer Arztpraxen unter dem weitem Druck der Umstände in «spanische Herbergen» verwandeln werden. Im Neuenburger «Express» ist von einem «Skandal» die Rede, der darin bestehe, dass die für die Explosion der offenen Drogenmärkte verantwortlichen Städte die Regierung zu einer als pseudowissenschaftliches Experiment getarnten Demission gezwungen hätten. Relativ milde fragt der Walliser «Nouvelliste», ob eine Regierung das Recht habe, sich derart schwerwiegend zu irren.

Elektronische Medien: Druck auf Regierung

Da und dort — und seinerzeit zum voraus schon im «Corriere del Ticino» — wurde auch auf die in der deutschen Schweiz entfesselte Medienkampagne für eine «libera-

le» Drogenpolitik hingewiesen. Dass hier von langer Hand vorbereitet und unter Einbezug vor allem der elektronischen Medien Druck auf die Politiker aufgebaut worden war, hatte man jenseits von Saane und Gotthard sehr wohl vermerkt. Und auch, dass prominente Parteisekretäre und Magistraten, deren Anfälligkeit für Mediendruck längst bekannt ist, gezielt ins Visier genommen wurden. Dabei konnte man nicht einmal alle Details wie zum Beispiel jenes, dass jener Zürcher Arzt, der seit Jahren am eifrigsten die offizielle Drogenabgabe verfehlt, in einem kritischen Moment das Fernsehen benützen konnte, um ein vielleicht entscheidendes Manöver vorzunehmen: Als der Bundesrat am 6. Mai seinen Entscheid vertagt hatte, markierte er am selben Abend in «Schweiz aktuell» Verständnis dafür und signalisierte «Drogenfrieden» für den Fall, dass wenigstens ganz beschränkte «Versuche» zugelassen würden.

«Röschti Graben» durch Medien vertieft

Man kann den Exponenten der lateinischen Schweiz den Hinweis nicht ersparen, dass sie in jüngster Vergangenheit immer wieder Gelegenheit gehabt hätten, der Gefahr der Majorisierung durch von Medienkampagnen erzwungene politische Entscheide vorzubeugen. In den langen Jahren, als Verfassungs- und Gesetzgebung über Radio und Fernsehen erarbeitet wurden, gab es immer wieder Möglichkeiten, Sicherheiten einzubauen, sei es in Form präziserer Umschreibung der Pflichten der gebührenfinanzierten Medien, sei es durch die Schaffung von Voraussetzungen zum Betrieb von Konkurrenzprogrammen. Aus Gründen, deren Erörterung ein Kapitel für sich wäre, zog man es vor, allein den eigenen Mediengarten zu pflegen und die leidliche Zufriedenheit mit den eigenen sprachregionalen Medien als Leitschnur für die gesamtschweizerische Medienpolitik zu nehmen.

Die Folge ist nun freilich, dass, wie das Beispiel der Drogenpolitik zeigt, aus dem kaum mehr als folkloristischen Begriff «Röschti Graben» urplötzlich harte Realität und eine Bruchstelle in der real existierenden Eidgenossenschaft werden kann.

Willy Güdel